

zuletzt aktualisiert am: 21.04.2011

URL: <http://nachrichten.rp-online.de/politik/eu-fordert-49-prozent-mehr-geld-von-mitgliedsstaaten-1.603727>

Empfehlen

Brüssel

EU fordert 4,9 Prozent mehr Geld von Mitgliedsstaaten

VON ANJA INGENRIETH - zuletzt aktualisiert: 21.04.2011 - 02:30

Brüssel (RP). Europa droht ein heftiger Streit um die Finanzen. Brüssel möchte im kommenden Jahr deutlich mehr Mittel ausgeben, als die Hauptstädte angesichts klammer Kassen zu zahlen bereit sind. EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski forderte gestern für 2012 einen Etat von 132,7 Milliarden Euro – das wäre ein Anstieg um 4,9 Prozent.

Das Bundesfinanzministerium in Berlin kündigte Widerstand an. Deutschland werde sich "in enger Abstimmung mit den übrigen Nettozahlern für eine deutliche Kürzung des Haushaltsentwurfs der EU-Kommission einsetzen". Auch die Niederlande und Großbritannien wiesen das Ansinnen als "unverhältnismäßig" zurück.

Im Dezember hatten Berlin, Paris, London, Den Haag und Helsinki bereits gefordert, den Haushalt der Europäischen Union bis 2020 real einzufrieren – also nur noch um die Inflationsrate zu erhöhen. Sie gehören zu den sogenannten Nettozahlern, die jedes Jahr mehr Geld nach Brüssel überweisen, als sie an Hilfen zurückerhalten.

Zusammen kommen die fünf Länder für mehr als die Hälfte des EU-Budgets auf. Die Bundesregierung zahlte zuletzt rund 18 Milliarden Euro in den Brüsseler Etat. Das macht rein statistisch rund 215 Euro brutto für jeden Deutschen im Jahr. Zieht man die knapp 12 Milliarden Euro Subventionen ab, die strukturschwache Regionen, Bauern oder Forschungseinrichtungen in Deutschland aus Brüssel bekommen, bleiben rund sechs Milliarden Euro übrig. Mit diesem Beitrag ist Deutschland der größte Nettozahler der EU.

Kommissar Lewandowski erwartet nun harte Verhandlungen. Schon bei den Vorgesprächen über den Haushalt sei die Kommission unter "freundlichem Beschuss" aus manchen Hauptstädten gewesen, sagte er gestern in Brüssel. Bis Jahresende müssen die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament über den Haushalt entscheiden.

Die Staaten der EU hatten sich schon beim Budget für das laufende Jahr durchgesetzt. Sie begrenzten das Plus auf knapp drei Prozent, Parlament und Kommission hatten anfangs fast das Doppelte gefordert.

Die Brüsseler Kommission begründet den Aufschlag damit, dass bei vielen langjährigen Förderprojekten 2012 die Auszahlung der EU-Mittel anstehe. Eine Streichung zum jetzigen Zeitpunkt sei undenkbar. Mehr Geld will Brüssel zudem für die Förderung unterentwickelter Regionen besonders im Osten Europas ausgeben. Das Problem: Die neuen Bundesländer fallen in der kommenden Haushaltsperiode aus der Höchstförderung heraus – und müssen um mehr als die Hälfte ihrer Subventionen fürchten. Doch so hohe Einbußen will die Bundesregierung trotz aller Spar-Appelle nicht hinnehmen.

Der zuständige Parlaments-Berichtersteller Markus Pieper (CDU) schlägt vor, die Verluste auf ein Drittel zu begrenzen. Demnach könnten die neuen Bundesländer von 2014 bis 2020 mit gut zehn Milliarden Euro aus Brüssel rechnen. Ob das durchkommt, ist fraglich. Und es kostet dann Geld, das der EU anderswo fehlt.

Quelle: RP

© RP Online GmbH 1995 - 2010

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

Artikel drucken